

Hoffnung noch nicht aufgegeben

B 212NEU Interessengemeinschaft zieht Gang vor Gericht in Betracht

NWZ 19.06.08

Lokalteil Delmenhorst

Es läuft auf die Südtrasse hinaus. Die Stadt erwartet jetzt von der Straßenbehörde eine Lösung für die Verkehrsproblematik.

VON NADIA-ZAKIA CHELLY

DELMENHORST – Eine gewisse Vorahnung habe er bereits im Vorfeld gehabt, dennoch ist Uwe Kroll am Dienstag mit hohen Erwartungen zum Erörterungstermin im Rahmen des Raumordnungsverfahrens B 212neu nach Oldenburg gefahren. Was er dort hörte, enttäuschte ihn – trotz Vorahnung – dann aber doch. „Es läuft wohl auf die Südvariante heraus“, sagte Kroll der NWZ am Mittwochmorgen. Und genau diese Variante lehnt die Interessengemeinschaft „B 212 – Freies Deich-

und Sandhausen“, der Kroll angehört, ab. Die Interessengemeinschaft, die in Oldenburg mit Kroll, Biohof-Betreiber Martin Clausen, seiner Frau Susanne Niemeck und dem Hannoveraner Gutachter Dr. Joachim Hartlik vertreten war, hat sich genau wie die Stadt Delmenhorst für die Nordvariante ausgesprochen.

„Das nördliche Delmenhorst wird durch die Südvariante stark benachteiligt. Das Verkehrsaufkommen in der Stadt steigt immens“, nannte Kroll den Grund für die Ablehnung der Südvariante. Auf der Stedinger Straße würden dann täglich 22 000 Fahrzeuge unterwegs sein, auf der Oldenburger Straße 25 000. „Viele Anwohner müssten sich darauf

einstellen, dass es vor ihrer Haustür sehr laut wird.“

Die beiden Vertreter der Stadt, Fritz Brünjes und Bernd Schmidt, hätten beim Erörterungstermin deutlich gemacht, dass die Variante Stromer Landstraße abgelehnt wird und die Stadt zusätzlichen Verkehr im Stadtgebiet durch die B 212 nicht akzeptieren werde, sagte Stadtsprecher

Timo Frers. Man erwarte jetzt von der Straßenbaubehörde eine Lösung für diese Problematik – etwa durch eine nördliche Trasse im Zusammenhang mit verkehrslenkenden Maßnahmen im Bereich des Knotenpunktes der Stedinger Landstraße mit der neuen Bundesstraße.

Auch Kroll und seine Mitstreiter geben die Hoffnung

nicht auf. „Momentan deutet alles darauf hin, dass es auf eine gerichtliche Auseinandersetzung hinausläuft“, sagte er am Mittwoch.

Bis zum 11. Juli hätten alle Beteiligten die Möglichkeit, Dokumente und Stellungnahmen bei der Regierungsvertretung Oldenburg nachzureichen. „Und das werden wir auf jeden Fall machen. Es gibt schließlich noch eine Reihe von Unterlagen, die wir aufgrund der Kürze der Zeit noch nicht eingesehen haben“, so Kroll. Im dritten Quartal dieses Jahres fällt die Behörde dann ihre Entscheidung. Darauf folge das Planfeststellungsverfahren. „Und in diesem Rahmen haben wir die Möglichkeit, vor Gericht zu gehen“, sagte Kroll. Gespräche mit zwei Rechtsanwälten hätte die Interessengemeinschaft bereits geführt.

→ siehe auch S.33

*Die Südvariante
führe zu viel
Verkehr auf der
Stedinger Straße*